

Es geht nicht um Almosen

Kulturpolitik ist immer auch Sozialpolitik



© Photothek

Helge Lindh, MdB ist Obmann im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages für die SPD-Fraktion

KuMi: Lieber Herr Lindh, der Schwerpunkt dieser Ausgabe lautet »Soziale Fragen«. Welche kulturpolitischen Themen sind hier aus Ihrer Sicht besonders relevant?

Kulturpolitik ist immer auch im doppelten Sinne Sozialpolitik: in Bezug auf die soziale Lage der Kulturschaffenden und in Bezug auf kulturelle Teilhabe und Gerechtigkeit. Die soziale Frage in der Kultur beschäftigt uns schon seit Jahren. Der große Wurf, eine deutlich wahrnehmbare strukturelle Verbesserung, ist noch nicht gelungen. Präkäre Arbeitsbedingungen für Künstler:innen und Kreative waren schon vor der Pandemie ein großes Problem. Dieses Problem hat sich während der Pandemie deutlich verschärft. Hinzukommt, dass die Menschen angesichts der Energiekrise aktuell ihr Geld zusammenhalten müssen und teilweise vor blanker Not stehen. Aktuell treffen die Folgen der dramatischen Corona-Krise also auf die wirklich epochale Energie- und Inflations-Krise. Da wird Kultur oftmals als etwas Verzichtbares angesehen.

Politisch relevante Themen sind für mich vor diesem Hintergrund: ein gewaltiger Rettungsschirm für Kulturstätten, denen unbezahlbare Strom- und Wärme-Rechnungen drohen, Mindesthonorare für Solo-Selbstständige, eine bessere soziale Absicherung von Kreativen, Schutz vor zu hohen Mieten im Kulturgewerbe sowie die chronische kommunale Unterfinanzierung der Kultur, die oft ein Wurmfortsatz der Unterfinanzierung der Kommunen selbst ist.

KuMi: Die sozialen Spannungen werden vielfach als eine Krise der Demokratie wahrgenommen. Wie beurteilen Sie die Situation und welche Potentiale haben Kunst und Kultur auf die bestehenden Problemlagen zu reagieren?

Die Kumulation von Kriseneskalation und Enthemungen in der Diskurskultur kann sich als republikgefährdend erweisen. Dass die Demokratie aber aktuell schon in der Krise ist, kann ich nicht unterschreiben. Meinungspluralismus ist immer

auch ein Kennzeichen funktionierender Demokratien. In pluralistischen Gesellschaften muss es zwangsläufig zu Polarisierungen kommen. Eine Mehrheit der Bürger:innen fühlt sich von der Politik jedoch trotz allem vertreten. Streit gehört zu jeder guten Demokratie. Wichtig ist nur, dass wir dabei konstruktiv bleiben und vor allem nicht verlernen, gut zu streiten. Dazu können auch Kunst und Kultur beitragen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratie, indem sie Menschen eine Möglichkeit geben, sich auszudrücken, sich auszutauschen. Kunst und Kultur verbindet – unabhängig von politischen Einstellungen. Deshalb ist Kulturförderung auch immer Demokratieförderung.

KuMi: Bis heute ist das sozialdemokratische Ideal einer »Kultur für alle. Kultur von allen« im Sinne von mehr Teilhabe möglichst vieler Menschen an Kunst und Kultur nicht realisiert worden. Woran liegt das aus Ihrer Sicht?

Einerseits waren manche Versuche der »Kultur für alle« allzu missionarisch, gerade zu bevormundend gedacht. Als Zwangsbeglückung oder Sozialreparaturwerkstatt. Das wird aber dem Individuum in seiner Einzigartigkeit eben nicht gerecht. Kunst und Kultur werden andererseits immer noch viel zu oft als etwas Elitäres wahrgenommen. Das hängt auch mit der aktuellen Ausrichtung der Kulturförderung zusammen. Prestigeträchtige Großprojekte sind zweifellos wichtig, sie vermitteln aber das Bild der Kultur als Elitenprojekt. Kultur muss niedrigschwellig und inklusiv sein, ohne gefällig oder beliebig zu werden: Kultur für alle, von allen und mit allen. Dieser Grundsatz muss sich endlich auch stärker in der Kulturförderung widerspiegeln. Diese muss sich mehr auf Kultur vor Ort und im Alltag richten und die Selbstverständlichkeit des Künstlerischen im Tagtäglichen viel mehr berücksichtigen.

Darüber hinaus bedarf es neuer milieu- und stadtteilübergreifender kultureller Bildungskonzepte, die es jungen Menschen ermöglichen, mit der Kultur in all ihrer Vielfalt in Berührung zu kommen.

KuMi: In diesem Zusammenhang wird viel über eine Verbesserung der Diversitätsorientierung im Kulturbereich gesprochen. Wie könnte dieses Ziel erreicht werden?

Ein aktuelles Beispiel, ist die Besetzung der weiblichen Hauptrolle in der Neuverfilmung von »The Little Mermaid« mit der Schauspielerinnen Halle Bailey, einer Person of Color. Die Freude vieler BIPOC, insbesondere von Kindern, darüber, dass sie endlich eine Heldin haben, mit der sie sich identifizieren können, führt einem das Problem der mangelnden Repräsentation im Kulturbereich mehr als deutlich vor Augen.

Bezeichnend ist aber auch die Reaktion derjenigen, die diese Rollenbesetzung als Ausprägung eines »woken« Zeitgeistes kritisieren. Die Fantasie reicht also dafür aus, sich ein Fabelwesen vorzustellen: halb Fisch, halb Frau. Wenn dieses Fabelwesen jedoch von einer Person of Color gespielt wird, hört die Fantasie auf. Das ist absurd, entlarvend und beschämend.

Diversität gehört in Deutschland zum Alltag. Die gesellschaftliche Vielfalt muss auch in der Kunst und Kultur abgebildet werden: in den Programmen, in den Rollenbesetzungen, im Personal und im Publikum. Es geht also nicht um Almosen oder Wohlwollen, sondern um nüchternen Realismus.

KuMi: Durch die Corona-Pandemie sind die Publikumszahlen gerade fast überall stark rückläufig. Wie nehmen Sie diese Entwicklungen wahr und welche Maßnahmen sind nun notwendig?

Man könnte meinen, das Publikum würde nach zwei Pandemie-Jahren in Scharen zu Kulturevents strömen. Leider ist das Gegenteil der Fall: Zurzeit müssen 65 Prozent aller geplanten Kultur-Veranstaltungen abgesagt werden. Wo bleibt das Publikum? Offensichtlich haben sich viele Menschen daran gewöhnt, Kultur vorwiegend in den eigenen vier Wänden zu konsumieren. Die Sorge vor einer Corona-Ansteckung wird im Herbst und Winter noch einmal ansteigen. Auch das Geld sitzt bei den Kulturkonsument*innen nicht mehr so locker. Die Politik kann sicherlich helfen, weiter fördern und entlasten. Aber sie wird das nicht vollständig kompensieren können.

Wir haben aber tunlichst gegen eine toxische Versuchung zu arbeiten, die da hieße: Wegbleibendes Publikum + unbezahlbarer Strom = Schließen. Das Gute ist: Wir alle können etwas daran ändern, indem wir Kulturveranstaltungen besuchen, Karten am besten schon mit Vorlauf kaufen.

*KuMi: Während der Corona-Pandemie ist die Ungleichheit zwischen freier Szene und institutionalisierter Kulturproduktion wieder deutlich sichtbar geworden. Wie könnte die sozioökonomische Situation von Soloselbstständigen und freien Künstler*innen nachhaltig verbessert werden?*

Die Verbesserung der Situation von Soloselbstständigen und freien Künstler*innen war für die SPD-Bundestagsfraktion immer ein wichtiges Anliegen. Sie müssen besser vergütet und abgesichert werden. Das war uns auch schon vor der Pandemie klar. Man kann der Politik nicht vorwerfen, nicht entschlossen genug gehandelt zu haben. Die SPD hat die Corona-Unterstützungsprogramme für Kunst und Kultur maßgeblich gestaltet und das größte Kulturförderprogramm seit Gründung der Bundesrepublik aufgesetzt. Es gab diverse staatliche Unterstützungsangebote und finanzielle Hilfen. Aus vielen persönlichen Gesprächen mit freien Kulturschaffenden weiß ich jedoch, dass die Wahrnehmung der Betroffenen leider oftmals eine andere war. Nicht immer haben die Programme die intendierte Wirkung entfalten können. Die Programme wurden entsprechend immer wieder angepasst oder es wurden neue geschaffen. Dadurch litt wiederum die Übersichtlichkeit. Wir haben in dieser Zeit viel gelernt und lernen immer noch dazu. Die SPD will für die solidarische Absicherung von Soloselbstständigen ein Sicherungsgeld schaffen, das mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein und durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden soll. Darüber hinaus wollen wir die Absicherung in der Künstlersozialversicherung ebenso wie in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbessern.

Zur Wahrheit gehört auch: Die Priorisierung dieser Vorhaben ist in der Ampel-Koalition unterschiedlich gelagert. Die SPD muss mehr Druck machen. Die Menschen erwarten zurecht, dass die sozialdemokratische Kanzlerpartei in dieser Frage den Ton setzt.

KuMi: Die Probleme könnten sich durch die aktuelle Energiekrise ab Herbst deutlich verschärfen. Wie können die Folgen für die Kultur abgefedert werden?

Es ist selten, dass sich Bund, Länder und Kommunen in kulturpolitischen Fragen einig sind. In der Frage von möglichen Schließungen aufgrund der Energiekrise sind sie es: Kultureinrichtungen sollen auch in Zeiten stark steigender Energiepreise offen gehalten werden. Ist die Schließung erst einmal erfolgt, bedeutet das in vielen Kommunen das Ende der Kulturinstitution für immer. Die Politik hat bereits mit einem Entlastungspaket in Höhe von voraussichtlich mehr als 1 Mrd. Euro reagiert. Zurzeit werden konkrete Vorschläge erarbeitet, wie die Hilfen passgenau an den richtigen Stellen ankommen. Es wird aber auch Aufgabe der Kultureinrichtungen und Verbände sein, Energie zu sparen. Die Anstrengungen sind kurzfristig zweifellos enorm. Ich bin jedoch überzeugt, dass wir langfristig von diesen Maßnahmen alle profitieren werden jedoch nur dann, wenn wir dem drohenden Schließen samt des damit einhergehenden Kaskadeneffekts wirksam in den Arm fallen.

Die Fragen stellte Dr. Henning Mohr. ■